

An der BergGalerie wird weiter geplant: Neue Zufahrten für das Parkhaus

An die Wiederauferstehung der ehemaligen Turmarkaden gegenüber dem Rathaus als BergGalerie mögen viele Bergkamener nicht mehr so recht glauben. Doch nachdem in den zurückliegenden Wochen vieles hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde, gehen die Umbaupläne für das sanierungsbedürftige Einkaufszentrum jetzt zumindest in einem Detail in die Öffentlichkeit.



Die Turmarkaden sollen zur neuen BergGalerie umgebaut werden. Auch das Parkhaus wird jetzt völlig neue Zufahrten erhalten – auf besonderen Wunsch des künftigen Ankermieters.

Genauer gesagt ist es der Ausschuss für Umwelt, Bauen und

Verkehr. In öffentlicher Sitzung wird am 17. Februar, Beginn 17 Uhr, ein vom Investor beauftragtes Planungsbüro die geänderte Zufahrt zum Parkhaus der BergGalerie vorstellen. Demnach sollen künftig die Kunden auch direkt vom Rathauskreisel in das Parkhaus einfahren können. Dies geschieht auf besonderen Wunsch des künftigen Ankermieters der BergGalerie. Er geht davon aus, dass die Hauptkundenströme per Pkw über diesen Kreisel kommen werden

Eine zweite Zufahrt gibt es an der Hubert-Biernat-Straße. Auch für die Ausfahrt sind zwei Möglichkeiten vorgesehen: über die Hubert-Biernat-Straße und über die Gedächtnisstraße.

Dieses neue Konzept macht es laut Planungsbüro erforderlich, die Hubert-Biernat-Straße zwischen der Gedächtnisstraße und der Töddinghauser Straße umzubauen. Sie wird breiter, damit die Ein- und ausfahrenden Verkehre reibungslos fließen können. „Geopfert“ werden soll dafür zumindest teilweise der begrünte Mittelstreifen.

Bei der Verwaltung haben diese geänderten Pläne Zustimmung gefunden. Was die Politik davon hält, wird dann am 14. Februar in der Ausschusssitzung zu hören sein.

BergAUF für Sanierung von Hallen- und Wellenbad oder Neubau eines Kombibads mit Außenbecken und Liegewiese

Die Fraktion von BergAUF macht sich weiterhin für die Sanierung des bestehenden Hallenbads in Bergkamen-Mitte und

des Wellenbads in Weddinghofen stark. „Sollte es aber einen kompletten Neubau geben,“ so der Fraktionsvorsitzende Werner Engelhardt, „dann sollte er auf jeden Fall, wie in Lippstadt, ausreichend Möglichkeiten bieten, auch im Freien zu schwimmen, zu spielen und zu ruhen. Ein echter Freibadanteil ist für eine 50.000-Einwohner-Stadt und die darin lebenden Menschen unverzichtbar.“



BergAUF besteht darauf, dass es weiterhin Bergkamen einen Wasserspaß im Freien geben soll – zusätzlich zum Naturfreibad in Heil.

BergAUF kritisiert, dass Bürgermeister, SPD und Grüne von einem Freibad oder Außen-Schwimmbecken für das Kombibad abrücken würden und dies nie ernsthaft gewollt hätten. Als Argument gegen einen Freibadanteil werde die – unbestrittene – Schönheit vom „Naturfreibad Heil“ ins Feld geführt. „Das freilich existiert seit über 100 Jahren, auch neben städtischen Freibädern her, und wird vom Schwimmverein Heil mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement betrieben. Die Stadt hat dafür in all den Jahren keinen Finger krumm und keinen Euro lockergemacht“, heißt es in einer Erklärung der Fraktion.

BergAUF vermutet, dass der Begriff „Kombibad“ vom Bürgermeister und stellvertretenden GSW-Aufsichtsratsvorsitzenden Roland Schäfer ins Spiel gebracht worden sei, um den Bürgern die Schließung von Frei- und

Hallenbad schmackhaft zu machen. BergAUF: „Wer also, wie Bürgermeister Schäfer und die SPD-Fraktion, den vielbeschworenen ‚Konsens in der Bäderfrage‘ will, der sollte nicht versuchen, Öffentlichkeit und andere Fraktionen von Anfang an mit solchen Wortspielereien über den Tisch zu ziehen!“

Unterschriftenlisten für das Volksbegehren „G9 jetzt!“ liegen ab heute im Rathaus aus

Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bergkamen, die deutsche Staatsbürger sind und 18 Jahre alt sind, haben ab heute bis zum 7. Juni 2017 die Möglichkeit, sich im Rathaus in die Eintragungslisten für das Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen **„G9 jetzt!“ – Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für gute Bildung** einzutragen.

Kernforderung der Initiatoren des Volksbegehrens ist: „Wir fordern, dass Eltern und Kindern die Wahlfreiheit gegeben wird, an einem Gymnasium in ihrer Nähe das Abitur nach Klasse 13 ohne Pflicht zum Nachmittagsunterricht zu erreichen.“ Dafür werden im ersten Schritt 1.060.963 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern benötigt. Wird diese Zahl erreicht und amtlich festgestellt, muss sich der Landtag abschließend mit dem Volksbegehren befassen. Weitere Infos zum Volksbegehren gibt es auf der [Homepage der Initiative „G9 jetzt!“](#)

Die Unterschriftenlisten liegen im Rathaus der Stadt Bergkamen, Rathausplatz 1, 59192 Bergkamen im 1. Obergeschoss in Zimmer 115 zu folgenden Zeiten aus:

Montag – Freitag 08:30 Uhr – 12:00 Uhr

Montag und Donnerstag 14:00 Uhr – 16:00 Uhr

Dienstag 14:00 Uhr – 18:00 Uhr

Weiterhin besteht die Möglichkeit sich an vier Sonntagen in die Unterschriftenlisten einzutragen. Die Listen liegen im Rathaus der Stadt Bergkamen, Rathausplatz 1, 59192 Bergkamen im Erdgeschoss in Zimmer 003 zu folgenden Zeiten aus:

19.02.2017 09:00 Uhr – 13:00 Uhr

26.03.2017 09:00 Uhr – 13:00 Uhr

30.04.2017 09:00 Uhr – 13:00 Uhr

28.05.2017 09:00 Uhr – 13:00 Uhr

Da zu einem Volksbegehren keine Benachrichtigungskarten versandt werden, ist es zwingend notwendig, ein gültiges Ausweisdokument mitzubringen.

Die Bekanntmachungen über das Recht der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und auf Beantragung eines Eintragungsscheines anlässlich der amtlichen Listenauslegung sowie über die Auslegung der Eintragungslisten des Volksbegehrens finden Sie hier.

Weiterhin besteht ab dem 02.02.2017 die Möglichkeit einen Eintragungsschein online zu beantragen. Nach der Bearbeitung erhalten Sie per Post den Eintragungsschein zum Volksbegehren.

Berlin-Fahrt als kleiner Dank an das Ehrenamt

Zu einer Informationsfahrt mit dem Bundespresseamt hat der Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem lokalen Ehrenamt nach Berlin in den Deutschen Bundestag eingeladen.



Besucherguppe in Berlin: Mit dabei waren auch Ehrenämtler aus Bergkamen.

Mit dabei waren Schiedsleute aus dem Wahlkreis, die Revierarbeitsgemeinschaft Bergbaukultur, der FC TuRa Bergkamen und die Siedlergemeinschaft Nordböge.

Auf dem Programm standen neben dem Besuch des Bundestags bei Oliver Kaczmarek mit der Besichtigung der Kuppel auf dem Reichstagsgebäudes auch ein Besuch des Auswärtigen Amts, der Gedenkstätte Stasi Gefängnis Hohenschönhausen und eine politische Stadtrundfahrt durch Berlin. „Die Einladung nach

Berlin ist eine gute Gelegenheit sich bei ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu bedanken. Der Besuch im Deutschen Bundestag hat mich sehr gefreut.“, erklärt Oliver Kaczmarek.

Bundestagsabgeordneter Hubert Hüppe stand der 7 d des Gymnasiums Rede und Antwort

Noch ziemlich angeschlagen von einer starken Erkältung besuchte der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe die 7 d des städtischen Gymnasium Bergkamen um ihren Politiklehrer Jan Groesdonk. Anlässlich der UNICEF-Aktion „Ich habe immer Rechte“ hatte die Klasse den Abgeordneten zu einem Gespräch über Kinderrechte eingeladen.



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe mit Jana Balmuchnow und Azize Kahveci und den Schülern der 7 des Gymnasiums. Foto: CDU

Die Schülerinnen und Schüler der 7 d hatten die beiden Interviewerinnen Jana Balmuchnow und Azize Kahveci mit einer langen Frageliste ausgestattet. Bereitwillig beantwortete Hüppe sowohl persönliche als auch politische Fragen. So wollten die Schülerinnen und Schüler unter anderem wissen, warum Hüppe überhaupt in die Politik gegangen ist und welche Schwierigkeiten er dort habe. „Ich stehe zu meinen Überzeugungen und versuche diese in der politischen Diskussion durchzusetzen. Das dies mitunter gegen meine eigene Partei oder die Bundesregierung geschieht, macht mir nicht nur Freunde“, erklärt Hüppe. Es sei aber von größter Wichtigkeit, dass man als Politiker ehrlich und glaubwürdig seine Positionen vertrete. „Ja-Sager halten sich in der Politik auf lange Sicht nicht und das ist auch gut so“, findet Hüppe.

Die Jugendlichen hatten sich auf das Gespräch mit dem Bundespolitiker sehr gut vorbereitet und stellten gezielt Fragen zur UN-Kinderrechtskonvention. „Bisher haben 193 Staaten die UN-Kinderechtskonvention unterschrieben, das heißt allerdings nicht, dass sie tatsächlich überall eingehalten wird. In einigen Ländern werden Kinder immer noch auf die verschiedensten Arten misshandelt, das ist schrecklich“, zeigt sich Hüppe betroffen. „Die UN kann aber nur moralisch auf die jeweiligen Regierungen einwirken. Eine echte Handhabe dagegen hat die UN leider nicht.“, bedauerte Hüppe.

In Deutschland vertritt insbesondere der Kinderschutzbund die Interessen und Rechte von Kindern. „Wenn Ihr also mal Fragen oder Probleme habt, dann könnt Ihr Euch an den Kinderschutzbund in Unna wenden. Die helfen Euch in jedem Fall ohne dass gleich Eure Eltern oder das Jugendamt benachrichtigt wird“, ermutigt Hüppe die Schülerinnen und Schüler.

Kontakt zum Kinderschutzbund Kreis Unna: Telefon 02303 15901, Mail info@kinderschutzbund-kreisunna.de. Die Homepage des Kinderschutzbunds Kreis Unna ist leider zurzeit offline.

Rolf Humbach neuer Vorsitzender der Bergkamener Grünen

Der Ortsverband Bergkamen von Bündnis 90/ Die Grünen traf sich am Dienstag zur Mitgliederversammlung und wählte Rolf Humbach zum neuen Ortsverbandsvorsitzenden.



Die neue Spitze der Bergkamener Grünen (v. l.): Oliver Schröder, Irina Ehlermann und Rolf Humbach.
Foto: Bündnis 90/Die Grünen

Der Ortsverbandsvorstand mit Irina Ehlermann (Ortsverbandsvorsitzende) und Oliver Schröder (Geschäftsführer) ist somit wieder komplett, nachdem der bisherige Amtsinhaber vor Monaten zurückgetreten ist. Rolf Humbach wurde bereits im vergangenen Jahr als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Die Grünen gehen deshalb davon aus, dass die Vorstandsarbeit nahtlos ohne Vorlaufzeiten fortgesetzt werden können.

Overberger Grundschule muss zwei Lernanfänger abweisen

427 Bergkamener Mädchen und Jungen werden nach den Sommerferien ihre Schulkarriere starten. Dabei gibt es zwei Besonderheiten. Die Leiterin der Overberger Grundschule Melanie Ludwig wird zwei bei ihr angemeldeten Kinder abweisen müssen. Und die Gerhart-Hauptmann-Grundschule wird eine Anfängerklasse mehr bilden, als ihr zurzeit nach den Anmeldezahlen zustehen.

Der Grund für die beiden Abweisungen ist, dass die zwei 1. Klassen zusammen nur 56 Kinder aufnehmen können, angemeldet wurden allerdings 58. Zwar muss die Schulleitung die Abweisungen aussprechen, dabei muss sie sich aber nach einem vorgegebenen Kriterienkatalog halten. Die wichtigsten Kriterien sind die Frage nach Geschwisterkinder an der Schule, nach der Länge des Schulwegs und nach dem Besuch einer Kita in der Nähe der Schule.

Die Bildung einer dritten Eingangsklasse ist in Overberge nicht möglich. Anders sieht es an der Gerhart-Hauptmann-Schule aus. Dort gibt es mit zurzeit 56 Anmeldungen eine Punktlandung für zwei 1. Klassen. Doch die Verwaltung geht davon aus, dass nach den Erfahrungen vergangener Jahre weitere I-Dötzchen hinzukommen werden.

Möglich werde es dann, an der Gerhart-Hauptmann-Schule drei kleine Klassen mit jeweils rund 20 Kindern zu bilden. Dies sei auch dringend notwendig, betont die Verwaltung, weil 76,4 Prozent der Kinder an dieser Schule aus Familien mit Migrationshintergrund kommen. 50 Kinder sind zu dem „Go-In“-Schüler. Das heißt: Sie leben erst kurze Zeit mit ihren Familien in Bergkamen und beherrschen kaum Deutsch. Viele kommen übrigens aus dem EU-Ausland und sind keine Flüchtlinge.

Kleine 1. Klassen gibt es in Bergkamen außerdem nur an der Preinschule in Oberaden und an der Freiherr-on-Ketteler-Schule in Rünthe. Ähnlich große Lernanfängerklassen wie in Overberge gibt es auch an der Schillerschule in Bergkamen-Mitte

Neuer Service im Bürgerbüro des Kreises: Passfoto für

Führerschein am Automaten

Ohne Passbild kein Führerschein. Fast jeder weiß, dass für das Plastik-Kärtchen ein Foto nötig ist, und trotzdem kommt es immer wieder vor, dass Führerschein-Anwärter ohne biometrisches Lichtbild – so heißt es ganz korrekt – im Bürgerbüro des Kreishauses ankommen.



Christoph Funke (Leiter der Führerscheinstelle), Marcel Zenker (Mitarbeiter der Führerscheinstelle und für die Technik zuständig) und Lena Frieg (Mitarbeiterin der Führerscheinstelle) testen den neuen Automaten. Foto: Birgit Kalle – Kreis Unna

Ab sofort muss niemand mehr ein zweites Mal den Weg zur Führerscheinstelle machen, sollte er das Bild vergessen haben. Im Fachbereich Straßenverkehr steht ein Selbstbedienungsterminal der Bundesdruckerei zur Verfügung, an

dem nicht nur das biometrische Foto gemacht wird, sondern auch die für den Führerschein erforderliche Unterschrift geleistet werden kann.

„Damit kommen wir Wünschen der Kunden nach, die uns immer mal wieder gefragt haben, ob sie ihr Foto nicht direkt im Bürgerbüro machen lassen können“, berichtet der Leiter der Führerscheinstelle, Christoph Funke. Das können sie ab sofort für eine kostendeckende Gebühr in Höhe von 6 Euro tun.

Das Terminal arbeitet selbstständig und justiert beispielsweise die Kamera ganz von allein. „Außerdem prüft die Software nach der Aufnahme automatisch, ob das Foto den Anforderungen entspricht und ob auch die Unterschrift geeignet ist“, erläutert Funke.

Anschließend werden das digitale Lichtbild und Unterschrift nach den Anforderungen der Bundesdruckerei aufgearbeitet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Führerscheinstelle können diese Daten dann bei der Bestellung des Kartenführerscheins verwenden. Nach der Bestellung wird das hinterlegte Lichtbild gelöscht. Mit nach Hause nehmen kann man es also nicht.

Beim internationalen Führerschein gelten übrigens andere Vorschriften: Hierfür und für die Fahrerkarte müssen Antragsteller nach wie vor ein Lichtbild mitbringen.

Gekostet hat das Selbstbedienungsterminal den Kreis nichts. Die Bundesdruckerei hat den Automaten zur Verfügung gestellt und rechnet mit dem Kreis über die gemachten Fotos ab. (PK)

Kranzniederlegung an der Gedenkstätte für Nazi-Opfer: Freiheit und Demokratie müssen wieder verteidigt werden

In Erinnerung an die Opfer des Nazi-Regimes legte am Freitagnachmittag Bürgermeister Roland Schäfer an der Gedenktafel am heutigen Gemeindehaus der Freikirchlichen Gemeinde an der Lentstraße mit Vertretern der Stadtratsfraktionen einen Kranz nieder.



Bürgermeister Roland Schäfer legte mit den Vertretern der Ratsfraktionen am Freitag an der Gedenkstätte für die Opfer des Nazi-Regimes einen Kranz nieder

1996 hatte der damalige Bundespräsident den 27. Januar zum offiziellen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Vor genau 72 Jahren hatte die Armee der damaligen UdSSR das Vernichtungslager Auschwitz befreit.

In dem Gebäude des Gemeindehauses hatten die lokalen Nazi-Führer von Frühjahr bis Herbst 1933 ihr eigenes Konzentrationslager mitten in der Bergarbeitersiedlung Schönhausen eingerichtet. In dieser Zeit durchliefen es über 900 Männer und Frauen, vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere Menschen, die gegen das NS-Regime opponierten. Viele blieben dort nur wenige Tage und wurden in andere größere Konzentrationslager und Haftanstalten weitergeleitet.

Die heutige Generation trage keine persönliche Verantwortung für das, was damals geschah, für die Etablierung des Terrorregimes, für die Verfolgung und Tötung von Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und Behinderten, betonte Bürgermeister Roland Schäfer. Die heutige Generation trage aber Verantwortung für die Geschichte und dafür, dass sich das Schreckliche, was damals geschah, nicht wiederhole.

Die Freiheit und die Demokratie müssten durch jeden Einzelnen, aber auch durch einen starken Staat verteidigt werden. Die größten Gefahren sieht Schäfer hier durch den islamistischen Terror und durch die Rechtsextremisten, die auch nicht vor Gewalt zurückschrecken.

Mini-Praktikum erleichtert Berufswahl: Was mache ich nach der Schule?

Das Schulende naht, die berufliche Orientierung fehlt? Dann könnte die Berufsfelderkundung helfen. Klingt etwas kompliziert, hilft aber den Jugendlichen hier im Kreis, die (noch) nicht wissen, was sie werden wollen.

Das Mini-Praktikum ist ein Baustein im Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA). Aktuell stehen 500

Praktikumsplätze in 25 Betrieben zur Verfügung. Wer wissen will, was genau im Angebot ist oder einen Platz in seinem Unternehmen beisteuern möchte, kann sich durchs Internetportal www.kreis-unna.de/berufsfelderkundung klicken.

Bereits Plätze angeboten werden von international agierenden Unternehmen mit Standbein im Kreis, Energieversorgern, Handelsketten, dem Handwerk und sozialen Einrichtungen bis hin zur Kreisverwaltung Unna. Alle eint die Erkenntnis: Qualifizierter Nachwuchs ist nicht leicht zu finden.

Abhilfe schafft da unter anderem das einheitliche und standardisierte Berufsorientierungssystem von KAOA. Inzwischen machen alle weiterführenden Schulen im Kreis mit. Im ersten Schulhalbjahr 2016/17 nahmen 4.000 Schüler der achten Klassen an Potenzialanalysen teil. Bei praxisorientierten Aufgaben ging es um Teamgeist, motorisches Geschick, Ausdauer, Konzentration und Kommunikationsfähigkeit.

Im zweiten Schulhalbjahr steht die Berufsfelderkundung an. Dabei lernen die Achtklässler bis zu drei Berufsfelder an jeweils einem Tag kennen. Die Idee ist ebenso einfach wie naheliegend: Betriebe stellen sich und ihre Arbeitsfelder vor. Schüler sehen, ob ein Beruf zu ihren Fähigkeiten und Neigungen wirklich passt und welches Schülerpraktikum in der Klasse 9 oder 10 angesteuert werden sollte.

Wer einen Platz anbieten möchte, kann sich auch mit Monika Lewek-Althoff in Verbindung setzen (monika.lewek-althoff@kreis-unna.de.)

Gymnasium: Hubert Hüppe spricht mit Schülern über Kinderrechte

Hubert Hüppe, CDU-Bundestagsmitglied, wird am kommenden Dienstag, 31. Januar, um 9 Uhr für eine Politikstunde am Städtischen Gymnasium Bergkamen zu Gast sein. Dann wird er mit Schülerinnen und Schülern der Klasse 7d zum Thema „Kinderrechte“ ins Gespräch kommen. „Die Klasse freut sich schon sehr auf den Besuch von Hubert Hüppe und hat sich im Unterricht über den Aktionstag hinaus mit dem Thema auseinandergesetzt. Die Schülerinnen und Schüler werden die Gesprächsrunde mithilfe bereits vorbereiteter Fragen auch selbst moderieren“, sagt Politiklehrer Jan Groesdonk.

Der Kontakt zu Hüppe entstand durch ein Angebot des MdB im Zusammenhang mit einem UNICEF-Projekt zu Kinderrechten im Herbst 2016.